Nummer 38 — Stuttgart, 20. September 1919 — 37. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3,— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Ein Beitrag zur Frage des Akkordlohnes

Von Ed. Michel.

IIb) Die persönlichen Eigenschaften des Arbeiters.

Als ein weiterer Faktor bei der Vorausbestimmung der Stückzeit kommen die persönlichen Eigenschaften des Arbeiters und ihr Einfluß auf die Arbeit in Frage. Es liegt in der Natur des Menschen, seine eigenen Fähigkeiten verhältnismäßig günstig einzuschätzen. Trotzdem erkennen wir die Sachkenntnis, den Fleiß, die Gewöhnung, die Anpassungsfähigkeit und wie die guten Eigenschaften alle heißen mögen, die den besseren Arbeiter kennzeichnen. Hier liegt der eigentliche Schlüssel zur Lösung des Problems. Um genaue Zeiten zu bestimmen, wird mit Recht auf die ungeheure Elastizität der Arbeitsleistung[1] als eine der größten Schwierigkeiten hingewiesen. Zwischen dem Ungeschickten und zwischen dem Leistungsfähigen liegen eine ganze Reihe Stufen, die um so größer und zahlreicher sind, je höher und vielseitiger die Anforderungen zur Ausführung einer Arbeitsaufgabe gestellt werden.

Bei der Lösung unserer vorliegenden Aufgabe, die Zeit der Akkordarbeit im voraus genau zu bestimmen und dabei die persönlichen Eigenschaften des Arbeiters weitgehendst zu berücksichtigen, müssen wir denselben Weg einschlagen, den wir im vorhergehenden Abschnitt bei der Ermittlung der Arbeitsunterlagen fanden. Auch hier werden wir die Einzelheiten ergründen und, um zum Ziele zu kommen, die Ausführenden nach Elementarfähigkeiten einteilen. Erst wenn es uns gelingt, „den rechten Mann an die rechte Stelle" zu setzen, dann kommen wir der Lösung unserer Aufgabe schon näher. Nachdem von diesem Gesichtspunkte aus die Arbeit unterteilt und spezialisiert ist, ist die Reihe der Abstufungen in der Leistungsfähigkeit des einzelnen Mannes nicht mehr so groß, wie wir sie durch eine oberflächliche Beurteilung ursprünglich annahmen.

Ueberlegen wir uns noch einmal, was wir eigentlich wollten: Wir wollten den Geldwert der geleisteten Arbeit bestimmen. Wir erkannten den Geldfaktor und haben gesetzliche Maßnahmen vorgeschlagen, um ihn der subjektiven Beurteilung zu entziehen. Wir wollten durch diese Maßnahme den Geldwert unserer Arbeit von einer unabhängigen, objektiven Stelle festgelegt wissen. Nachdem wir nun den Zeitfaktor näher betrachteten und nachdem wir forderten, daß die Arbeitsunterlagen, Werkzeuge, Maschinen usw., alle in dauernd gutem Zustand befindlich sein müssen, kommen wir zu der großen Frage der Berufseignung. Wir glaubten die persönliche Seite durch Bestimmung des Geldfaktors abgetan zu haben und sehen uns jetzt wieder durch die Frage nach der fachlichen Auslese vor neue Schwierigkeiten nach zwei Richtungen hin gestellt. Einmal soll die Arbeit unterteilt werden, weitgehendst unterteilt werden, damit jede gute Eigenschaft, jede besondere Veranlagung zu ihrem Rechte kommt; anderseits soll Hand in Hand damit das Erkennen besonderer Fähigkeiten in der Person des Mannes erfolgen, damit der geeignete Mann an den rechten Platz gestellt werden kann. Er genügt, an dieser Stelle daran zu erinnern, daß die zeitgemäße, arbeitsparende Betriebsorganisation durch die psychologische Eignungsprüfung erprobte Methoden genug besitzt, um zu erkennen, wo der einzelne Mann seine besten Fähigkeiten entfalten, sich wohlfühlen und am meisten verdienen kann. Damit jeder einzelne seiner Veranlagung entsprechend verwendet werden kann, ist ein Verständnis für die psychologische Eignung des Ausführenden für unsere Betriebsräte von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ein nicht unerheblicher Teil der im politischen Kampf verloren gegangenen Lebensfreude kann hierdurch zurückgewonnen werden.

Mit der Zunahme der Unterteilung und mit dem immer kleiner und kleiner werdenden Maß von Verantwortung, mit der immer geringer werdenden Vielseitigkeit, die dem Handwerk von ehedem zu eigen waren, schwindet nun auch von selbst die vorher als ganz erheblich erkannte Elastizität der menschlichen Arbeitsleistung. Ein kräftiger Mann, der Tag für Tag — mit den nötigen Unterbrechungen selbstverständlich — gleich schwere Lasten bewegt, wird in dieser Arbeit lange nicht so große Unterschiede aufweisen als ein anderer, etwa ein Büroangestellter, der nur vorübergehend mit dieser Arbeit betraut wird. Bei dem letzteren wird die Spannung zwischen Dauerleistung und einmaliger Höchstleistung ganz erheblich sein, während die Gewöhnung den ersten Arbeiter zu einer unzweifelhaft konstanteren Leistung befähigt. Nun ist allerdings das Bewegen von Lasten kein Handwerk in unserem Sinne, aber das Beispiel soll nur dazu dienen, zu zeigen, wie durch die Gewöhnung der offenbar bestehende Unterschied zwischen Höchstleistung und Normalleistung immer geringer wird und daß man bei unserem ersten Mann mit viel größerer Sicherheit beurteilen kann, wann er seine Arbeit gut, wann er sie besser und wann er sie am besten vollbringt. Der zahlenmäßige Unterschied zwischen diesen drei Leistungen ist keinesfalls mehr so erheblich, als ursprünglich angenommen wurde, und wer in der Lage war, wissenschaftliche Untersuchungen über die Leistungsfähigkeit bei einfacher Handarbeit anzustellen, wird erfahren haben, daß diese Spannung, die noch in der Individualität des als geeignet erkannten Ausführenden liegt, verhältnismäßig wenig von seiner Normalleistung abweicht. Das Erreichen einer Minderleistung ist dann nicht mehr auf die „ungeheure Elastizität" der Arbeitsleistung zurückzuführen, sondern auf den guten Willen oder gesundheitliche Indispositionen.

Treffen die vorstehenden Voraussetzungen zu, dann sind wir auch in der Lage, den Einfluß der Arbeitsdauer auf die Ermüdung zahlenmäßig festzusetzen, ein Unternehmen, das uns nicht so gut gelinge, wenn die Leistung nicht auf eine bestimmte Verrichtung beschränkt würde. Würde z. B. der obige Transportarbeiter neben seiner eigentlichen Tätigkeit auch zu anderen Arbeiten in größerem Umfange herangezogen, sagen wir zu Schreibarbeiten oder dergleichen, dann können wir seinen Leistungsgrad nicht mehr mit der nötigen Sicherheit feststellen. Es ist deshalb erforderlich, die Arbeit in ganz bestimmte Arbeitsgebiete zu unterteilen oder, wie wir in unseren Fabriken sagen, Arbeitsoperationen zu zerlegen, und zwar in möglichst einfache Arbeitsoperationen. Das ist die erste Forderung, die gestellt werden muß, um den Einfluß der Persönlichkeit des Arbeiters auf die Arbeitsausführung einwandsfrei feststellen zu können.

Wir sind zu einem unbedingt treffsicheren Urteil über das mögliche Maß der Arbeitsleistung gekommen, sobald es uns gelang, bei bestimmten Arbeitsunterlagen und bei einer möglichst weitgehenden Arbeitsunterteilung sowie der richtigen Arbeitsauslese, d. h. durch das Hinstellen des „richtigen Mannes an die richtige Stelle", erst die Voraussetzung zu schaffen. Gelingt uns dieses nicht, dann ist alle unsere Mühe, wirklich genaue Zeiten der optimalen, d. h. der vornehmlich besten, dauernden Arbeitsleistung zu bestimmen, umsonst und es würde sich nicht lohnen, den umständlichen Apparat der Gesetzgebung in Tätigkeit zu setzen, um die eine Seite der Aufgabe zu lösen: den Geldfaktor des Stückpreises richtig zu bestimmen. Wird die Frage des Geldfaktors gelöst, dann ist erst halbe Arbeit getan. Ganz wird sie erst durch das gleichzeitige objektive Bestimmen des Zeitfaktors erledigt.

Wir haben gesehen, daß der Stückpreis aus den beiden Faktoren Zeit und Geld[1] besteht, und zwar derjenigen Zeit, die das einzelne Stück gebraucht, um hergestellt zu werden. Diese Zeit als Stückzeit betrachtet, ist nun der eigentliche Maßstab unserer Arbeit. Wir können die Zeit am besten bestimmen, wenn wir eine möglichst kleine Verantwortung in die Arbeit legen, um der individuellen Geschicklichkeit und der Gewöhnung zu ihrem Rechte zu verhelfen. Obwohl wir einerseits die Arbeit nur als Mittel zu dem Zwecke betrachten, durch einen guten Verdienst eine höhere Lebenshaltung zu erhalten, so wollen wir anderseits nicht so weit gehen, daß der intelligente Arbeiter in seiner Tätigkeit zum Mechanismus erstarrt, wir wollen nicht, daß die Arbeit dem Ausführenden eine Qual, eine Knochenmühle ist, sondern daß sie ihm möglichst leicht vonstatten geht, so leicht, daß die Arbeit als Lebensnotwendigkeit ebenso erkannt wird wie die Erholung und der Genuß. Wir wollen eine tätige Mitarbeit des Arbeiters zur Lösung der vorliegenden Aufgaben erreichen und wir wollen ferner die zweifellos in großem Maße vorhandene Intelligenz unserer Arbeiterschaft dazu heranziehen, scharf zu erkennen, daß es bei jeder Arbeit nicht nur sehr genau auf das Geld, sondern ebenso genau auf die Zeit ankommt, innerhalb welcher eine bestimmte Leistung vollbracht werden kann.

III. Die nächsten Aufgaben.

Deshalb soll jeder Arbeiter, der die Forderung des Zeitfaktors klar erkannt hat, darüber nachdenken lernen, ob seine Arbeit so oder so einfacher, zeitsparender ausgeführt werden kann, und derjenige, der durch Verbesserung der Arbeitsunterlagen den Nachweis einer Zeitersparnis bringt — und handelt es sich auch nur um ersparte Minuten —, erhält für diesen Vorschlag und sobald er praktisch in Erscheinung tritt, in irgendeiner Form eine Anerkennung, ohne daß der Gedanke aufkommen kann, der Arbeitgeber habe ein einseitiges Interesse daran, die Zeiten möglichst kurz anzusetzen. Jeder Vorschlag hat dann die doppelte Wirkung, einmal für den Arbeiter den unmittelbaren Nutzen seiner geistigen Arbeit zu erhalten und anderseits den mittelbaren Vorteil der allgemeinen Produktionssteigerung. Auf diese Weise wird das ideelle, selbstschöpferische Interesse an der Arbeit, das durch die rein materiellen Bestrebungen fast gänzlich verdrängt zu werden droht, wieder hergestellt, und wir erleben in einem Betriebe, in welchem jeder Vorschlag zu einer Zeitersparnis objektiv von einer besonders dazu eingesetzten Stelle (Zeitbureau) aus geprüft und ehrlich belohnt wird, eine Arbeitsfreudigkeit, eine Findigkeit in der Aufstellung neuer, verbesserter Arbeitsmethoden, die auf keinem anderen Wege zu erzielen sind. Hierzu wird allerdings vorausgesetzt, daß die Arbeitsmethode und ihre Zeit vor dem Verbesserungsvorschlag eindeutig festgelegt, spezifiziert aufgeschrieben und der Werkstatt offen bekanntgegeben wird, eine Einrichtung, die bisher in unseren Vorkalkulationen ganz selten, vielfach fehlerhaft zur Anwendung gelangte.

Leider liegt bei dem alten Stücklohnsystem zu einem direkten Anerkennen einer Zeitersparnis keine Veranlassung vor. Hier wird dem Arbeiter bekanntlich der unmittelbare geldliche Anreiz geboten und der Ausführende hat es selbst in der Hand, eine Zeitersparnis anzuwenden oder zu unterlassen. Die Möglichkeit, viel zu verdienen, soll beim Arbeiter den Ansporn erzeugen, das Höchstmaß seiner Leistung herzugeben. Da aber der Stücklohn feststeht und auch für weniger gute Arbeitsunterlagen und für minder qualifizierte Ausführende derselbe ist, dagegen der freien Ausnutzung der Zeit natürliche Grenzen gezogen sind, die der Arbeitgeber oder sein Vorkalkulator in den seltensten Fällen ahnt, die aber der Arbeiter nur zu gut erkennt, sobald er am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist, so muß der Stücklohn die konsequente Folge haben, daß der Arbeiter gegen seine schrankenlose Ausbeutungsmöglichkeit im Interesse der Erhaltung seiner Gesundheit und Leistungsfähigkeit Schutzmaßnahmen ergreift. Diese sind nur zu bekannt, als daß es nötig wäre, sich mit ihnen an dieser Stelle noch näher zu beschäftigen. Kein größerer Fehler konnte begangen werden, als gedankenlos zu behaupten, der Ausführende sei in der Lage, mit seinen Stücklöhnen zu verdienen soviel er wolle. In unserer Zeit, in der Arbeitspsychologie und Psychotechnik ihren Einfluß auf das Wirtschaftsleben immer stärker geltend machen, hat das Sprichwort: „Verlange das Unmögliche, um das Mögliche zu erreichen" seine Berechtigung verloren.

Anderseits darf nicht vergessen werden, daß die Schranken, die der Arbeiter gegen die Akkordpreistreiberei errichtet hat, infolge ihres diktatorischen Charakters jeden Fortschritt hemmen. Wir erkennen hier nur zu deutlich den außerordentlich schädlichen Einfluß der empirischen Gewalt. Sie ist in ihrer vorliegenden Form geeignet, unsere ganze industrielle Entwicklung zu unterbinden. Die Ursache hierfür liegt letzten Endes in den stagnierenden Eigenschaften des Stücklohnsystems. Hier liegt sein wundester Punkt, und das Verfahren, Preise zu bieten, wo es auf gerecht kalkulierte Zeiten ankommt, ist eine Quelle von Mißverständnissen, die heute zwischen Arbeit und Lohn bestehen, und solange man sich nicht entschließen kann, das absolute Zeitmaß besonders bei Handarbeiten spezifiziert bekanntzugeben, solange wird das Vertrauen zu unseren Preis- und Zeitkalkulationen nicht zurückkehren. Selbst wenn wir mit Engelszungen redeten, ohne Spezifikation und ohne Bekanntgabe der Zeitelemente nebst ihren Zuschlägen für Ruhezeiten[1] entbehrt die Diskussion über eine gerechte Zeitbestimmung jeder Grundlage.

Schließlich sei noch daran erinnert, daß Lohnsysteme, die auf objektiver Zeitkalkulation beruhen, nicht nur eine bessere Klarheit über die Methode der Zeitfestsetzung bieten, sondern auch eine gerechtere Entlohnung gewährleisten, als es der heutige Stücklohn ermöglicht. Bei den besten Lohnmethoden werden an Stelle von Preisen Zeiten in Anrechnung gebracht, wobei die festgesetzte Zeit für irgendeine Leistung eine höhere Entlohnung gewährleistet (Zeitprämie) als eine solche Zeit, in der es der Arbeiter verabsäumt, die vorgegebene Zeit einzuhalten.

Derartige Lohnsysteme sind durchaus nicht neu und haben sich, wo sie eingeführt wurden, auf das beste bewährt. Widerstände gegen ihre Einführung liegen aber merkwürdigerweise weniger auf seiten der Arbeiter. Sie können sich naturgemäß nur schwer auf pädagogischem Wege mit der Materie vertraut machen und rechnen deshalb lieber mit Tatsachen. Die Versuche, die in den verschiedensten deutschen und ausländischen Betrieben mit solchen Zeitverfahren, besonders demjenigen nach Gantt, unternommen wurden, berechtigen zu den besten Hoffnungen, an eine Einführung im großen heranzutreten.

Das Stücklohnsystem dagegen verurteilt jeder Arbeiter, nachdem er seine schlechteste Seite, die in der unbeschränkten Ausbeutungsmöglichkeit liegt, erkannt hat, und er trägt kein Verlangen, sich unter ihm noch länger zu beugen. Diejenigen Arbeiter aber, die das Stücklohnsystem noch befürworten, besitzen einen derartigen Einfluß auf die Zeitunterlage, daß es ihnen nicht mehr gefährlich werden kann. Sie haben der Schlange den Giftzahn ausgebrochen.

Weit bedeutendere Hindernisse erwachsen dem Fortschritt durch eine größere Zahl unserer modernen Betriebsorganisatoren. Besonders unter den Selbstkostenfachleuten besteht eine ausgesprochene Abneigung, Abrechnungsverfahren, neue Lohnmethoden einzuführen, die auf einer objektiven Zeitkalkulation und deshalb auf einem psychologischen Eingehen auf Arbeiterfragen beruhen. Man erklärt z. B. den Vorschlag, dem Arbeiter eine ganz bestimmte, human begrenzte, möglichst tägliche Aufgabe (Arbeitspensum mit Zeitprämien) zu geben, im Interesse des landläufigen Selbstkostenschemas (Material + Lohn + Zuschläge) für viel zu weitgehend. Vielfach wird übersehen, daß mit einer Forderung, unter allen Umständen das Stücklohnsystem beizubehalten, jedem einzelnen in der Fabrik eine unbegrenzte und deshalb unmögliche Aufgabe gestellt wird. Der Zwang, den Arbeiter von dieser Aufgabe im Laufe des Tages so viel leisten zu lassen, als irgend in seinen Kräften steht, führt naturgemäß zu einem immer größer werdenden Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Dieser findet seinen prägnantesten Ausdruck in den oben erwähnten solidarischen Zwangsmaßnahmen der Arbeiter gegen das Stücklohnsystem, unter denen heute das bestgegründete Unternehmen zusammenzubrechen droht.

Neue Wege der Zeitbestimmung sind vorgezeichnet: Wir haben gesehen, daß die Voraussetzungen, um für irgendeine Arbeit gerechte, d. h. normale Zeiten im voraus zu bestimmen,[2] keine Probleme mehr darstellen. Durch sehr eingehende Arbeiten haben deutsche und amerikanische Forscher die Materie geklärt und wir sind heute in der glücklichen Lage, mit verhältnismäßig einfachen Grundsätzen, die für jeden Industriezweig Gültigkeit besitzen, diejenige Zeit einer Arbeit mit hinreichender Genauigkeit im voraus zu bestimmen, von der es in den Tarifverträgen lautet, daß sie ein „volleistungsfähiger Durchschnittsarbeiter" einzuhalten in der Lage ist. Bei derartigen Zeitbestimmungen wird auf die Möglichkeit des dauernden Einhaltens der vorgegebenen Zeit ganz besonderer Wert gelegt. Es besteht nirgends Interesse, die Arbeitskräfte des Ausführenden auszupressen, sodaß seine Leistungsfähigkeit frühzeitig nachläßt. Ein Gewinn, der hierdurch entstehen würde, kann niemals den Schaden gut machen, der dem besten Gut der Nation, der werktätigen Arbeit, durch ein Ausbeutungssystem zugefügt wird. Jedoch das Bestreben, die Normalleistung durch andere als rein wissenschaftliche Methoden, etwa durch Schätzen, feststellen zu wollen, wird stets ein vergebliches Bemühen bleiben.

Dieser Forderung hat auch der während des Krieges mit staatlicher Unterstützung ins Leben gerufene englische Industrieausschuß Rechnung getragen. Wir finden dort eine Einrichtung, wie sie bei uns durch das Reichsarbeitsamt in Form der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft" organisiert wurde. Die Aufgaben der englischen Institution gehen aber einen ganz bedeutenden Schritt weiter, indem dort die Frage der Arbeitsdauer und ihr Einfluß auf die Ermüdung durch großzügig angelegte, wissenschaftliche Versuche ihrer Lösung nahegebracht werden soll. Unterdessen sind die bezüglichen Arbeiten in Amerika zu einem gewissen Abschluß gelangt, und wir können heute vom objektiven, wissenschaftlichen Standpunkte aus für jede Arbeit ihre im Durchschnitt benötigte Zeit mit größter Genauigkeit im voraus festsetzen, ohne daß seitens der Ausführenden eine Ausbeutung zu befürchten wäre.

In allen Betrieben, in denen sich die gerechten, wissenschaftlichen Methoden der Zeitbestimmung erst einmal durchgesetzt haben, handelt es sich nicht mehr um unwägbare Leistungen und Gegenleistungen, sondern um meßbares Geld, meßbare Arbeit und meßbare Ruhe. Der Wirtschaftskampf hat dort seine anarchischen Formen verloren, während die oben erläuterten Methoden der Zeitfestsetzung den Schlüssel zu einem dauernden sozialen Frieden bieten.[3]

Somit ist die Zeit für irgendeine Arbeit so zu ermitteln, daß in unseren Werken eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeiter keine parlamentarische Institution, keine Instanz zum Austragen von Streitigkeiten, sondern eine praktische Tatsache wird, aufgebaut auf das Verstehen und Erkennen beiderseitiger Bedürfnisse und Forderungen im Interesse gegenseitiger Existenzmöglichkeit. Nur auf diesem Wege können die Voraussetzungen für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens: Arbeitsfreude, Schaffenswille und Erfindergeist ihre Wiedergeburt feiern.

[1] Metallarbeiter-Zeitung Nr. 50/1918 und Nr. 2/1919.

[1] Metallarbeiter-Zeitung Nr. 50/1918 und Nr. 2/1919.

[2] Vergl. Michel, „Zeitstudien", Der Betrieb (W. D. J.), Nr. 6, 1919, S. 133 ff.

Die Betriebsräte

Durch die Veröffentlichung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte ist diese Frage wieder von neuem in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt worden und wird zurzeit von allen Kreisen lebhaft erörtert. Von links und rechts her erfährt der Entwurf teilweise die schärfste Kritik; denn den einen geht er nicht weit genug, während er den anderen schon viel zu viel Rechte für die Arbeiter enthält. Versuchen wir einmal, in einer ganz nüchternen Betrachtung dem Entwurf gerecht zu werden.

Nachdem die Regierung als solche einerseits und einzelne Minister anderseits wiederholt versucht hatten, dem Drängen weiter Arbeiter- und Angestelltenkreise Rechnung zu tragen und an die „Verankerung" des Rätegedankens heranzugehen, kam man schließlich zu der Auffassung, daß die aus der Revolution geborenen Arbeiterräte mit ihren in der Hauptsache politischen Funktionen abgelöst werden müssen durch ein Rätesystem, das sich mehr mit wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigt. Denn das Schwergewicht legten besonders die radikalen Arbeitergruppen auf die wirtschaftliche Revolution mit ihrem Endziel, dem konsequent durchgeführten Sozialismus.

Es mag für die Regierung, die von allen Seiten mit Anträgen, Forderungen und Drohungen bestürmt wurde, sehr schwer gewesen sein, sich für einen bestimmten Entwurf zu entscheiden, denn sie mußte gewärtig sein, daß er der schärfsten Kritik ausgesetzt werden würde. Aus der Begründung des Reichsarbeitsministers Schlicke geht denn auch hervor, daß der vorliegende Entwurf nur den Anfang einer Gesetzmaterie bilde und daß in Bälde die Arbeits- und Wirtschaftsräte nachfolgen würden.

Der Entwurf bedeutet im ganzen nichts anderes als einen Ausbau des aus dem Hilfsdienst übernommenen Rechts der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse. Was diesen beiden Arbeitergruppen an Rechten eingeräumt wird, ist nicht sehr viel, aber es ist ein Weg zur Demokratisierung des Wirtschaftslebens. Man bedenke, daß schon vor dem unseligen Krieg in einer Reihe von Betrieben Arbeiterausschüsse bestanden, ohne daß ein gesetzlicher Zwang vorlag, lediglich hervorgegangen aus der Machtstellung der Arbeiterorganisationen. Und diese Ausschüsse hatten sich teilweise sehr weitgehende Rechte da erkämpft, wo die Arbeiter des Betriebes straff organisiert waren und sie die Ausschüsse lediglich als Instrumente der Gewerkschaften betrachteten. Wenn die nach dem neuen Gesetz zu wählenden Betriebsräte einen wirklichen Sinn haben sollen, dann müssen sie, genau wie vorgenannte Arbeiterausschüsse, Instrumente der Gewerkschaften bleiben. Sobald sie diesen Boden verlassen und im Sinne der Kommunisten etwa oder auch im Sinne des Dr. Steiner völlig selbständige Gebilde werden und sich mehr einer besonderen Betriebsorganisation nähern, dann werden sie nicht mehr das sein, was die Arbeiter notwendig brauchen. Die Arbeiter brauchen eine starke, zielbewußte Interessenvertretung in allen Betrieben, gleichviel ob im Staats- oder Privatbetrieb. Aber auch wenn der Betrieb sich im Uebergangsstadium vom Privat- zum Gemeinschaftsbetrieb befindet, sagen wir einmal zum „sozialisierten" Betrieb, muß die gewerkschaftliche Organisation die Grundlage für den Betriebsrat bleiben. Damit kommen wir zum eigentlichen Kern der Frage: Sollen die Betriebsräte zur Errichtung der wirtschaftlichen Demokratie oder zur Diktatur dienen?

Wir sehen auch hier, wie sich der alte Hegelsche Grundsatz von der These-Antithese-Synthese bestätigt, wonach bei allen Umwälzungen zunächst irgendein Plan auftaucht, der die schwebende Frage zu lösen sucht. Das ist die These. Gleichzeitig aber entsteht aus entgegengesetzter Richtung ein Plan, der ebenfalls die Frage aufgreift und dabei bis zur äußersten Möglichkeit geht, ja oft sogar das Unmögliche verwirklichen will. Das ist nach Hegel die Antithese. Ueber die Lösung der schwebenden Frage, besonders aber über die Mittel zur Lösung, entsteht nun in den beteiligten Kreisen ein Meinungsstreit, in dessen Verlauf sich die Auffassungen klären und zu bestimmten Formen verdichten, so daß als Ergebnis die Synthese erscheint, eine Zusammenfassung aller Gegensätzlichkeiten der Frage, worin dann auch meistens eine praktische Lösung gefunden wird.

So pflegt es mit allen Gesetzentwürfen in den Parlamenten, aber auch im Wirtschaftsleben mit allen Verträgen zu gehen. Mit unseren Betriebsräten natürlich nicht anders. Ist einmal das Gesetz beschlossen, dann muß und wird es auch den Arbeitern mit Hilfe ihrer Organisationen ein leichtes sein, es für die Wirklichkeit so zu gestalten, daß die Betriebsräte nicht nur eine etwas verbesserte Auflage der Arbeiterausschüsse, sondern als Instrumente der Gewerkschaften auch tatsächlich den Sozialismus vorbereitende Einrichtungen werden. Das können sie um so eher, als ihnen, nicht wie vorher den Arbeiterausschüssen, eine gesetzliche Grundlage gegeben ist, die ihnen ihre Tätigkeit wesentlich erleichtert. Würden die Betriebsräte dagegen nach kommunistischem Muster gebildet, die „in allen Fragen, die die Arbeitsverhältnisse und die Produktion betreffen, selbständig zu entscheiden haben", dann würde dies die Aufrichtung einer Diktatur bedeuten, die unserem Wirtschaftsleben mehr schaden als nützen würde. Anders jedoch, wenn wir auf dem schon Gegebenen weiterbauen, die Rechte, die wir auf Grund des neuen Gesetzes erhalten, ausnützen und dabei, was ja nicht zu vergessen ist, mehr Gewicht auf die Vorbildung der Arbeiter legen, die zu Betriebsräten berufen werden.

Dann erhalten wir das, was allein Bestand haben kann: ein demokratisches Wirtschaftsleben, in dem die Arbeiterschaft fürs erste eine wichtige Rolle spielt, wo sie in allen Fragen der Produktion gehört wird und mitzureden hat; und ferner, wo sie infolge des Einflusses ihrer Organisation stets planmäßig und zielbewußt die Sozialisierung vorbereiten kann. Nicht auf dem Wege über die Diktatur, sondern auf dem Wege der Demokratie können wir sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet zum Sozialismus gelangen. L. E.

Wohin soll die Reise gehen?

In der letzten Zeit wurden verschiedentlich eine Anzahl „Konferenzen" einberufen, deren „Einberufer" Arbeiterausschüsse irgendeines Werkes waren. Der Entrepreneur der Sache versandte einfach an die Adressen der Arbeiterausschüsse ihm bekannter Werke Einladungen und dann wurde die „Konferenz" gemacht. Vielfach sollten die Reisen dann die Verwaltungen tragen, in deren Wirkungsbereich eben das Werk lag, für dessen Industrie nun eine Konferenz notwendig erachtet. Daß ein praktisches Ergebnis bei solchen Zusammenkünften von vornherein ausgeschlossen ist, versteht sich am Rande, und daß man die Sache als unnötige Kraft- und Zeitverschwendung klassifizieren muß, dürfte. Von den direkt schädlichen Folgen für die Arbeiterschaft, die solche Veranstaltungen zuweilen fördern können, wollen wir hier absehen. Diese können, ja sie müssen sogar unter Umständen eintreten. Der Vorstand hat auch mit Recht wiederholt von der Beschickung solcher Veranstaltungen gewarnt.

Ein eigenartiges Streiflicht wirft nun eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß in Stuttgart, wo solche Konferenzteilnehmer von ihrer Firma die ihnen durch die Teilnahme entstandenen Kosten ersetzt haben wollten. Es handelte sich um den „Reichskongreß der Arbeiterschaft der Automobilindustrie", der vom „Arbeiterrat der Hansa-Lloyd-Werke" (Bremen) auf den 6. und 7. Juli d. J. nach Frankfurt a. M. einberufen worden war. Die an dem Kongreß beteiligten Mitglieder des Arbeiterausschusses der Daimlerwerke in Gaggenau verlangten von ihrer Firma die Kosten erstattet. Der Kollege L. (Holzarbeiter) führte zur Begründung des Antrags vor dem Schlichtungsausschuß aus:

„Auf Grund der Reichsverordnung über Tarifverträge, der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, sei die Firma verpflichtet, die entstandenen Unkosten zu ersetzen. Es sei den Arbeiterausschüssen nur dann möglich, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, wenn die einzelnen Industriezweige sich untereinander verständigen. Eine solche Möglichkeit sei nur durch Konferenzen gegeben. Von der Einberufung durch die Gewerkschaften, wie es sonst üblich sei, sei aus dem Grunde Abstand genommen worden, weil die Arbeiter der Automobilindustrie infolge der Verschiedenheit der Beschäftigung bei einer ganzen Anzahl von Verbänden organisiert seien und die Einholung der Zustimmung aller dieser Organisationen zu lange gedauert bezw. das Zustandekommen der Konferenz überhaupt nicht ermöglicht hätte. Auf der Konferenz seien lediglich rein wirtschaftliche Interessen der Arbeiterschaft verhandelt worden und es unterliege keinem Zweifel, daß solche Aussprache auch im Interesse der beteiligten Betriebe liege. Dies gehe auch daraus hervor, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch Angestellte der Automobilfirmen an dem Kongreß teilgenommen haben. Im Verlaufe der Sitzung sei die Serienfabrikation, die Frage eines Gesamttarifabschlusses, die Frage der Typisierung besprochen worden sowie eine Aussprache über allgemeine Betriebsverhältnisse sei erfolgt und im Anschluß an den Kongreß wurde eine Besichtigung der Adler-Werke vorgenommen. Neben der Firma Benz-Mannheim habe eine andere ihm nicht bekannte Firma auch die Kosten erstattet."

Der die Firma vertretende Direktor, Freiherr v. Thüna, erklärte, „daß im Werk Untertürkheim die gleiche Forderung gestellt, seines Wissens aber von der dortigen Direktion abgelehnt sei. Die Firma stehe auf dem Standpunkt, daß ein derartiger Kongreß nicht Sache der Arbeiterausschüsse einzelner Firmen, sondern Sache der Gewerkschaften sei, die dann auch die entstehenden Kosten zu tragen haben. Wenn die Arbeiter über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg derartige Kongresse veranstalten, müßten sie auch für die Kosten aufkommen. Die Direktion sei hinsichtlich der Arbeiterausschüsse nicht kleinlich, was schon daraus hervorgehe, daß beispielsweise im Monat März allein für entgangene Löhne den Arbeiterausschußmitgliedern 2600 M bezahlt worden seien. (Daran könnten sich andere Betriebe ein Beispiel nehmen. D. V.) Die Firma bestreite entschieden die gesetzliche Verpflichtung zur Erstattung der Kosten."

Auf Befragen des Vorsitzenden gab der Vertreter des Arbeiterausschusses weiterhin an, „daß er weder eine Tagesordnung noch ein Protokoll über den Verlauf des Kongresses habe, daß die Bezahlung der entstandenen Generalunkosten in Frankfurt a. M. seines Wissens noch nicht geregelt sei. Der Vorschlag zur Gründung einer neuen Organisation sei wohl gemacht, von der Versammlung aber abgelehnt worden. Die Konferenz habe zu zwei Dritteln aus Arbeitern, zu einem Drittel aus Angestellten bestanden. Aus den Berichten, die die Delegierten der Firma erstattet haben, habe er den Eindruck gewonnen, daß die Konferenz das gesamte Interesse der Automobilindustrie verfolgt habe."

Bemerkt muß noch werden, daß die Vertreter des Arbeiterausschusses vor dem Schlichtungsausschuß, welche die Klage vertraten, keine Konferenzteilnehmer waren.

Der Schlichtungsausschuß lehnte den Anspruch auf Erstattung der Kosten nach kurzer Beratung ab.

Es ist schade, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses, die die Erstattung der Kosten forderten, ihre Klage nicht selbst vertraten. Sie hätten vielleicht bessere Auskunft über verschiedene Vorgänge geben können. Immerhin ist bezeichnend, daß der — Firma Bericht gegeben wurde. Von einer Berichterstattung an die Arbeiterschaft haben wir bis heute noch nichts gehört. Ist eine solche erfolgt, dann sicher nur ganz im geheimen und nur an wenige ausgesuchte Personen, nie aber an die Arbeiterschaft, deren Interessen wegen doch die „Konferenz" einberufen war.

So können nun doch die Dinge nicht weitergehen, soll nicht die Arbeiterbewegung, vor allem das bewußte planmäßige und erfolgreiche Arbeiten künftig zum Schaden der Kollegen auf das schwerste geschädigt werden. Merken denn die Veranstalter derartiger Zusammenkünfte gar nicht, wohin sie segeln? Direkt in das Lager der abgewirtschafteten Gelben! Das beabsichtigen die Arrangeure zwar wohl nicht, aber die Konsequenz derartiger Betätigung läuft auf nichts anderes hinaus als auf — Werkvereine, mag ihre Bezeichnung auch lauten wie sie will. Dagegen kann nicht früh genug Front gemacht werden, und zwar mit aller Entschiedenheit. Soll eine durchgreifende, zweckentsprechende Regelung des Arbeitsverhältnisses stattfinden, so kann sie nur durch die gewerkschaftliche Organisation und durch nichts anderes erfolgen, und es ist tief beschämend, wenn Arbeiter sich von einem Unternehmer sagen lassen müssen, daß die Veranstalter derartiger Zusammenkünfte eigentlich die Gewerkschaften sein müßten. Wer also solche Treibereien unterstützt, schädigt die Organisation und er fördert — meistenteils wohl auch bewußt — Zwecke, von denen er ohne weiteres weiß, daß sie niemals die Zustimmung der Masse der Kollegenschaft finden würden, wenn ihnen nicht ein Verbrämungsmäntelchen irgendwelcher Art umgehängt würde.

Die Arbeiterausschüsse, Vertrauensleute oder Betriebsräte werden nur im engsten Zusammenwirken und nach den Richtlinien ihrer Organisationen ihre Aufgaben zum Wohle der Arbeiterschaft erfüllen können und zu erfüllen haben. Das Gegenteil ist kompletter Unsinn, wenn nicht Schlimmeres.

Es ist also höchste Zeit, daß solchen Sonderveranstaltungen, die hinter dem Rücken der zuständigen Verbandsinstanzen inszeniert werden, ein starker Riegel vorgeschoben und ihren Veranstaltern, die trotz alledem diese die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zersplitternde Bahn weiterzubeschreiten gedenken, der Stuhl unzweideutig vor die Türe gesetzt wird. Ir.

Zur Generalversammlung

Die Gegensätze in der politischen Parteibewegung trugen auch schon früher ihre Wogen in die Generalversammlungen unseres Verbandes. Damals war die Opposition noch klein. Daß man sich ihr mit gespreizten Beinen in den Weg stellte, dies trug mit dazu bei, daß jetzt die Gemüter so hitzig aufeinanderplatzen. Es war Tatsache, daß man sich die Radikalen vom Halse hielt und sie in der Organisation nicht zum Worte kommen ließ. Es rächt sich jetzt, daß man diese Kollegen, die glaubten, mit anderen Mitteln als die, die der Vorstand in der Gewerkschaftsbewegung anwendet, weiterzukommen, nicht aufkommen lassen wollte. Alle, die sich fähig fühlten, hätte man zur praktischen Mitarbeit heranziehen müssen. Es ist der Vorschlag des Kollegen Dummer reichlich spät gekommen, oder sagen wir: der Vorstand hätte schon in der Kölner Generalversammlung den Antrag auf Erweiterung des Vorstandes einbringen müssen.

Es ist doch fraglich, ob der Apparat, mit dem unser Verband arbeitet, für diese Mitgliedermasse nicht doch zu sehr zusammengedrängt ist. Ob hier nicht eine Uebergezentralisierung vorliegt, sollte eingehend geprüft werden. Es dürfte der Vorschlag in Erwägung zu ziehen sein, ob nicht durch etwas Dezentralisierung den Bezirksleitungen Befugnisse zugewiesen werden müssen, daß sie selbständiger sind, selbständiger werden, sei es, daß sie Funktionen übertragen bekommen, die bisher nur der Vorstand ausübt: Genehmigung der Bewegungen und sonstige Unterstützungsangelegenheiten. Selbständige Abrechnungen und Verwaltung der Bezirke. Es müßten zur Entlastung der Bezirksleitungen Unter- oder Außenbezirke geschaffen werden durch Zusammenfassen mehrerer Verwaltungsstellen oder abgegrenzter Industriegebiete mit einem leitenden Kollegen im Angestelltenverhältnis. Dadurch würde dem Ehrgeiz und dem Idealismus der Kollegen, die jetzt als Verwaltungsstellenleiter tätig sind, kein Pflock gesteckt, denn als Ortsgruppenleiter oder Vertrauensmann können und sollen sie weiterhin, gestützt durch die Hilfe der Beamten, weiterarbeiten.

Doch zurück zum eigentlichen Thema. Die Generalversammlung wird diesmal den richtigen Weg zeigen müssen. Es ist nicht gesagt, daß der, der die radikalsten Ansichten entwickelt, auch der fähige Kopf ist, seine Theorien zu verwirklichen. Wir müssen uns damit abfinden, daß wir Arbeiter, wir Sozialisten nicht allein auf der Welt sind und nicht alles nach unseren Wünschen und Angaben gemacht wird. Auf die andere Seite spricht sehr oft ein Halt und dieses muß überwunden werden. Jeder Einsichtige weiß, daß mit schönen Reden und Ausmalen der schönsten Bilder nicht gedient ist. Es kann wohl die Illusion erzeugt werden, man brauche nach den Genüssen nur zu schnappen und die Welt müsse in ganz kurzer Zeit ein Paradies und die Menschen könnten Engel sein. Wenn dann die, die also glauben, sehen, daß die Versprechungen nicht eintreffen, dann kommt bei ihnen die Erbitterung, der Glaube an die Verbesserung der jetzigen Weltordnung schwindet, dann mehr und mehr und macht einer stupiden Wurstigkeit Platz. Es muß der Fehler des Vorstandes und der noch in Frage kommenden Instanzen gutgemacht werden. Nicht Ausschaltung, sondern Heranziehung der tüchtigen Kräfte aus der Opposition. Wir können alle fähigen Köpfe notwendig brauchen. Wenn dabei auch mitunter einmal ein Mißgriff gemacht wird — solche sind auch früher nicht zu vermeiden gewesen —, bei der Großzügigkeit unserer Organisation wird der Schaden nicht allzu schlimm werden. Nur immer her zur praktischen Arbeit, hier können die Theorien der einzelnen dann mit verwertet werden. Aber, Kollegen, mancher, mancher Heißsporn hat sich schon gar bald die Hörner abgewetzt, weil er sehen und begreifen lernen mußte, daß Theorie und Praxis doch ganz grundverschiedene Auswirkungen haben.

Hoffen wir, daß die kommende Generalversammlung kein großes Geraufe wird, sondern daß sie nach gegenseitiger leidenschaftsloser Aussprache alle gemeinsam in fruchtbringender Arbeit zu Ende führen.

Endemann (Amberg).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 21. Sept. der **39. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **21. bis 27. September 1919** fällig ist.

*

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I	II	III	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig			
Ahlen, Kreis Beckum	20	—	5	15. September.
Alt-Karbe	10	—	—	15. „
Düsseldorf	80	—	—	15. „
Empel	30	—	10	15. „
Furtwangen	30	—	—	1. Oktober.
Gütenbach	30	—	—	1. „
Langensalza	30	—	—	15. September.
Limbach i. S.	30	15	10	40. Beitragswoche.
Oberstein a. N.	40*	—	—	37. „
Sorau	10	—	—	1. Oktober.

* Für Diamantschleifer.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

*

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 28 usw. des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Czersk:

Der Metallarbeiter Franz Krycrik, geb. am 3. März 1899 zu Czersk, Mitgliedschafts-Ausweis Nr. 20315, wegen Unterschlagung.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

Quittung

über die vom 1. bis 31. August 1919 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von Aachen 487,80 M. Aalen 1800. Altena 8000. Altenburg 10 000. Altötting 250. Altwasser 5500. Amberg 5000. Anklam 1500. Ansbach 2500. Apenrade 465,53. Apolda 1000. Arnstadt 2500. Aschaffenburg 3000. Augsburg 32 400. Bamberg 2000. Barmen 30 000. Battenberg 475,44. Bautzen 5000. Bergedorf 1000. Berka 700. Berlin 3096. Bernsdorf 300. Beuthen 9000. Biedenkopf 400. Bielefeld 15 000. Bitterfeld 10 000. Bochum 50 000. Bockwitz 4000. Bonn 15 000. Braubach 6000. Braunschweig 15 000. Bremerhaven 30 000. Breslau 20 000. Brunsbüttelhafen 360. Bunzlau 3000. Cuxhaven 1000. Dassel 300. Dorsten 800. Dortmund 42 000. Dresden 5000. Eberswalde 20 000. Ebingen 3000. Eckernförde 300. Einbeck 500. Einswarden 4000. Elmshorn 500. Emden 2500. Erfurt 8000. Erlangen 1000. Essen 70 046,30. Eßlingen 10 000. Eylau, deutsch 500. Eylau, preuß. 150. Finsterwalde 6000. Forchheim 300. Forst 1000. Frankenberg 1500. Frankfurt a. Oder 3000. Freiburg i. Br. 8000. Freiburg i. Schl. 1500. Freising 1000. Freudenstadt 200. Friedland 300. Friedrichsthal 700. Fürstenwalde 2000. Geisenheim 1000. Gera 7000. Gießen 1800. Glauchau 1200. Glogau 200. Gmünd 8000. Goldlauter 2000. Görlitz 7500. Goslar 500. Gößnitz 2600. Göttingen 1000. Graudenz 1000. Greiz 1800. Grimma 800. Grimmen 300. Großenhain 2000. Groß-Räschen 1000. Guben 2000. Gummersbach 2000. Guttstadt 180,40. Hadersleben 1000. Haiger 1200. Halberstadt 1000. Hall 1400. Hamm i. W. 10 000. Haynau 500. Heidenheim 6000. Herborn 1200. Herford 1000. Herrenberg 550. Hettstedt 4000. Hohenlimburg 7000. Holzminden 300. Hörde 25 000. Hötensleben 400. Ilmenau 600. Iserlohn 15 000. Itzehoe 1150. Jauer 1000. Jena 5000. Kamenz 200. Kassel 25 000. Katzhütte 300. Kelsterbach 3000. Kiel 30 000. Kirchen 800. Klausthal 800. Koburg 1000. Kolmar i. P. 150. Königshuld 1000. Konstanz 1000. Korbach 600. Körlin 350. Köthen 3000. Kottbus 1000. Kotzenau 1300. Küstrin 1300. Landsberg a. L. 400. Landsberg a. W. 3500. Langenbielau 700. Lauenburg a. E. 150. Lauf 500. Laurahütte 4000. Lautawerk 3000. Lauterberg 450. Leer 1600. Leipzig 50 000. Leisnig 1200. Lengefeld 1000. Lichtenstein-Call. 214,51. Liegnitz 3000. Lippehne 600. Löbau 1000. Lollar 3000. Lübeck 10 000. Lüdenscheid 15 000. Lüneburg 1200. Lyck 430. Magdeburg 200 000. Mainz 24 000. Mannheim 50 000. Marburg 600. Markranstädt 1000. Markredwitz 1000. Martinlamitz 500. Meiningen 1173. Memmingen 500. Merkenbach 450. Merseburg 10 000. Mettmann 1000. Metzingen 500. Meuselwitz 2000. Miesbach 400. Minden 2000. Mittweida 2400. Mühlhausen 3800. Mühlhof 800. München-Gladbach 10 000. Münster 200. Muskau 1650. Naumburg 900. Neheim 2000. Neiße 600. Neubrandenburg 1600. Neugersdorf 1400. Neumarkt 500. Neumünster 1000. Neurode 1200. Neu-Ruppin 2000. Neusalz 3000. Neustadt a. O. 1000. Neustadt i. Sa. 500. Neustrelitz 400. Neuwied 2000. Nieder-Lahnstein 1000. Nienburg 2000. Nordhausen 50 000. Nossen 1000. Nowawes-Potsdam 6000. Oberhausen 11 000. Oberndorf 3000. Oberstein 5000. Oederan 600. Offenbach 10 000. Olbernhau 2400. Oschatz 600. Oschersleben 1500. Osnabrück 250. Oeynhausen 2000. Pasewalk 500. Pegnitz 500. Peine 1500. Pforzheim 20 000. Pinneberg 500. Plettenberg 5000. Prenzlau 1100. Pries 4000. Prinkenau 1000. Radeberg 5000. Regensburg 3000. Rehau 800. Reichenbach 2000. Riesa 6000. Rochlitz 500. Roßwein 1500. Rottenburg 800. Rudolstadt 800. Ruhla 9793,60. Rybnick 2000. Saalfeld 1000. Saarau 600. Saarbrücken 20 000. Salzungen 4000. Sangerhausen 1500. St. Georgen 1000. Seehausen 600. Selb 300. Senftenberg 2000. Siegen 8000. Singen 9000. Sinn 1500. Solingen 20 000. Southofen 1500. Sorau 600. Spremberg 1300. Suhl 34 000. Swinemünde 1000. Syltaden

600. Schleswig 150. Schmalkalden 4500. Schönebeck 2500. Schramberg 2000. Schwedt 300. Schweidnitz 1500. Schwerin 2000. Schwiebus 500. Schwientochlowitz 15 001,75. Stolpen 1000. Striegau 1000. Teterow 800. Tilsit 1000. Tübingen 600. Ueckermünde 900. Uelzen 500. Urberach 800. Varel 1000. Velbert 16 000. Vetschau 200. Waldshut 1000. Wallau 1000. Walsrode 600. Waltershausen 500. Warstein 300. Weidenhausen 2000. Weißenburg a. S. 200. Werdau 7200. Wernigerode 6000. Wertheim 600. Wetzlar 5000. Wiesmoor 50. Wilhelmshaven 35 000. Wilhelmshütte 1000. Wismar 3000. Witten 9000. Wittenberg 6000. Wittenberge 4200. Wolfenbüttel 1000. Wolgast 200. Wriezen 400. Wurzen 6000. Zawadzki 1000. Zeitz 7500. Zossen 1000. Züllichau 300. Einzelmitglieder 300. Für Ersatzbücher 967,60. Sonstige Einnahmen 486,59 *M*.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. **Der Vorstand.**

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Bandagisten und Orthopädiemechanikern** nach Düsseldorf (Fa. Arthur Wolf) M.;
von **Drehern** nach Geisenheim (Maschinenfabrik Johannesberg, G. m. b. H.) D.; nach Soest (Fa. Ruthemeyer) D.;
von **Elektromonteuren** nach Danzig v. St.;
von **Formern und Gießereihilfsarbeitern** nach Vogelsang i. W. (Schröder & Bröcking) D.; nach Soest (Fa. Ruthemeyer) D.;
von **Heizungsmonteuren und Helfern** nach Stendal (Gebr. Voß) D.;
von **Kesselschmieden** nach Soest (Fa. Ruthemeyer) D.;
von **Klempnern und Installateuren** nach Biberach a. R. L.; nach Wittenberge, Bez. Potsdam, L.;
von **Metallarbeitern** nach Danzig D.; nach Gumbinnen v. St.; nach Lahr L.; nach Lindau D.; nach Memmingen (Fa. Schulz) M.; nach Ohrdruf i. Th. St. u. A.; nach Überlingen (Fa. Turbo, Maschinenfabr.) St.; nach Weimar M.;
von **Metalldrückern** nach Arnstadt (H. Engelhardt) D.; nach Leipzig (Böttiner & Geißler, Rabold & Lindner, Schneider & Stoy) D.;
von **Schmieden, Schlossern und Stellmachern** nach Hornburg i. Harz (Fa. H. Bäthmann) D.;
von **Schnitt- und Stanzenbauern, Schlossern, Drehern und Stahlgrabeuren** nach Zwickau (Fa. Rob. Koitsch) L.;
von **Werkzeugmachern** nach Vallendar (Fa. Joh. Kruck) L.;
von **Zinngießern** nach Regensburg (Fa. Eugen Wiedamann) M.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Berichte

Messerschmiede und Hohlschleifer.

Stuttgart. In der letzten Zeit hat bald jede Berufsgruppe sich zur Wahrung ihrer Interessen zusammengefunden und ihre Arbeitsbedingungen zeitgemäß geordnet. Von den Messerschmieden und Hohlschleifern, die in kleineren Geschäften in Arbeit stehen, kann man das leider nicht sagen. Keiner kümmert sich um den andern und dabei bleiben die schlechten Arbeitsbedingungen noch lange bestehen. Obwohl die Ortsverwaltungen gegenwärtig alle Hände voll zu tun haben, wäre eine notwendige Aufgabe zu erfüllen: überall die Angehörigen unseres Berufes einmal zusammenzuholen. Die aufgeklärten Kollegen sollen dabei mithelfen. Dann wäre für die Gruppe eine Leitung und die nötigen Vertrauensleute einzusetzen. Ohne diese Voraussetzungen wird nicht daran zu denken sein, örtlich, für gewisse Landesteile oder das ganze Reich die Arbeitsbedingungen vertraglich zu regeln. Dann wäre auch die Möglichkeit geschaffen, mit den Berufskollegen engere Fühlung zu bekommen. Es ist höchste Zeit, daß etwas für uns geschieht. Deshalb, auf an die praktische Arbeit!

Metallarbeiter.

Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Ortsverwaltung Groß-Berlins am 25. August nahm Stellung zu dem für die Metallindustrie Berlin gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses und zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Kollege Rusch die Mitteilung, daß der Kollege Robert Bahn auf Beschluß der Ortsverwaltung fristlos entlassen worden sei. Bahn habe sich geweigert, die ihm übertragene Arbeit auszuführen mit der Begründung, daß er für die Abrechnung nur die Verantwortung übernehmen könne, wenn ihm geeignete Räume resp. verschließbare Schränke zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung habe dem Kollegen Bahn das Sitzungszimmer der engeren Verwaltung als Arbeitsraum zur Verfügung gestellt oder einen Raum im Zwischenstock des Verbandshauses. Die Verwaltung hat bezüglich der Arbeitsverweigerung folgenden Beschluß gefaßt: „Kollege Bahn ist verpflichtet, die ihm von den Bevollmächtigten übertragene Arbeit auszuführen. Glaubt Kollege Bahn die Verantwortung für die ihm übertragene Arbeit nicht übernehmen zu können, so steht ihm das Beschwerderecht bei der engeren Verwaltung zu." Dem Kollegen Bahn ist dieser Beschluß der Verwaltung bekanntgegeben worden und derselbe sei nochmals aufgefordert worden, die ihm angetragene Arbeit auszuführen. Bahn habe sich wiederum geweigert. Auch nach Rücksprache mit Bahn in Gegenwart des Vertrauensmannes der Angestellten habe Bahn seine Meinung nicht geändert. Die Verwaltung habe darum in der Sitzung am 7. August beschlossen: „Kollege Rusch wird beauftragt, nochmals Kollege Bahn anzuweisen, die Leitung der Abteilung „Abrechnung" im Zimmer 8 bezw. im Zwischenstock zu übernehmen. Im Falle der Weigerung ist die fristlose Entlassung gerechtfertigt." Entsprechend dieser Beschlußfassung ist Bahn am 8. August nochmals aufgefordert worden, die ihm übertragene Arbeit zu übernehmen und da er sich weigerte, entlassen worden. Die Generalversammlung hat nach Anhörung des Kollegen Bahn die ausgesprochene Entlassung mit zirka 2600 gegen 50 Stimmen als zu Recht bestehend anerkannt. — Die Generalversammlung trat dann in die Tagesordnung ein. Kollege Rusch schilderte den Verlauf der Verhandlungen mit den Berliner Metallindustriellen. Nachdem die Einigungsverhandlungen gescheitert waren, wandte sich die Verwaltung an das Reichsarbeitsamt mit dem Ersuchen um Vermittlung. Dieses erklärte sich dazu bereit und beauftragte den Regierungsrat Hausmann, bei diesen Verhandlungen das Amt eines unparteiischen Vorsitzenden zu übernehmen. Diese Verhandlungen verliefen jedoch völlig ergebnislos, da die Unternehmer keinerlei Entgegenkommen zeigten und die beiderseitigen Vorschläge von den Parteien als unannehmbar bezeichnet wurden. Der einzig positive Erfolg bestand darin, daß man sich auf die Einsetzung eines Schlichtungsausschusses einigte. Dieser trat unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Busse am Mittwoch dem 20. August zusammen und am Donnerstag dem 21. August wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

Männliche Arbeiter.

1. Die Zahl der Lohnklassen für männliche Arbeiter über 18 Jahre wird auf fünf beschränkt.

2. Der Einstellungslohn beträgt für die Stunde:

in der ersten Klasse . .	3,— *M*	in der vierten Klasse . .	2,40 *M*
„ „ zweiten „ . .	2,80 „	„ „ fünften „ . .	2,20 „
„ „ dritten „ . .	2,60 „		

3. Je nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter werden zu den Einstellungslöhnen der Lohnklassen 1 bis 4 drei Zuschläge von je 10 ₰, in der Lohnklasse 5 drei Zuschläge von je 5 ₰ gezahlt.

Der erste Zuschlag von 10 bezw. 5 ₰ wird nach 6 Arbeitstagen vom Tage der Einstellung an gezahlt nach Feststellung der Leistungsfähigkeit.

Die durch die aufgeführten Zuschläge sich ergebende Grenze kann bei einzelnen Leuten überschritten werden, die außergewöhnliche Fähigkeiten und Leistungen aufweisen.

Die Feststellung der Leistungsfähigkeit des Arbeiters erfolgt durch den Arbeitgeber und den betreffenden Arbeitnehmer. Im Streitfalle ist der Betriebsrat oder Arbeiterausschuß hinzuzuziehen.

Soweit Arbeiter bisher höhere Löhne beziehen, als Lohn und Zuschläge dieses Abkommens betragen, sollen sie nicht verschlechtert werden.

4. Von dem Abbau der Spitzenlöhne soll zurzeit abgesehen werden.

5. In Betrieben bezw. Fabrikationsabteilungen, in denen der Durchschnittslohn höher ist als der jetzt vereinbarte Lohn, wird an Neueinzustellende zunächst der neue Einstellungslohn gezahlt. Außer dem ersten, jedem leistungsfähigen Arbeiter nach 6 Tagen zu gewährenden Zuschlag bekommt er einen Sonderzuschlag in Höhe der Differenz zwischen dem Durchschnittslohn, der für ihm gleichwertige Arbeiter derselben Kategorie gezahlt wird und dem Einstellungslohn plus sämtlichen Zuschlägen der betreffenden Kategorie.

6. Für neu eintretende Arbeiter gilt der Einstellungslohn als angemessene Bezahlung. Von paritätischen Arbeitsnachweisen darf Arbeit nicht unter diesen Einstellungslöhnen vermittelt werden. Anderseits sind die Arbeitsuchenden verpflichtet, die Arbeit zu diesen Einstellungslöhnen anzunehmen. Es darf daher dem Arbeiter, wenn die Arbeit sich im übrigen für ihn eignet, nicht bescheinigt werden, daß Arbeit zu angemessenen Bedingungen für ihn nicht zu haben sei. Diese Lohnsätze und die übrigen Bestimmungen treten mit dem Tage der Annahme des auf Grund dieses Schiedsspruchs abzuschließenden Tarifvertrages durch beide Parteien in Kraft.

Die Akkordbasis für männliche Arbeiter beträgt:

für die 1. Klasse . . .	3,50 *M*	für die 4. Klasse . . .	2,60 *M*
„ „ 2. „ . . .	3,10 „	„ „ 5. „ . . .	2,40 „
„ „ 3. „ . . .	2,80 „		

Vorübergehende Lohnarbeit in denjenigen Kategorien, die vorwiegend in Akkord arbeiten, wird in der Höhe der für diese Kategorien festgelegten Akkordbasen bezahlt.

Ausgelernte Arbeiter erhalten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit den Lohnsatz der nächstniedrigeren Klasse.

Weibliche Arbeiter.

1. Bei der Festlegung der Löhne der weiblichen Arbeiter über 18 Jahre mit abgeschlossener Lehrzeit müssen die Lohnsätze des männlichen Arbeiters soweit zugrunde gelegt werden, daß für gleiche Leistungen auch gleiche Löhne gezahlt werden.

Soweit gleiche Leistungen nicht vorliegen, wird für diese Arbeiterinnen der Lohn auf 75 v. H. der Lohnsätze der männlichen Arbeiter gleicher Kategorie festgesetzt.

2. Für alle anderen Arbeiterinnen, die gleiche Arbeiten wie männliche Arbeiter verrichten, werden 65 v. H. des Männerlohnes der betreffenden Kategorie gezahlt.

3. Für Arbeiterinnen an Maschinen bezw. Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht an den Leistungen und der Entlöhnung männlicher Arbeiter gemessen werden können, beträgt der Einstellungslohn 1,20 *M*; dazu treten je nach der Leistungsfähigkeit drei Zuschläge von je 10 ₰, von denen der erste Zuschlag nach 6 Arbeitstagen, vom Tage der Einstellung ab gerechnet, gezahlt wird.

Akkordbasis ist 1,50 *M*.

Jugendliche weibliche Arbeiter erhalten an Stundenlohn:

im Alter von 14 bis 15 Jahren	0,60 *M*
„ „ „ 15 „ 16 „	0,70 „
„ „ „ 16 „ 17 „	0,80 „
„ „ „ 17 „ 18 „	1,— „

Einstellungslohn 10 ₰ weniger.

Jugendliche männliche Arbeiter erhalten an Stundenlohn:

im Alter von 14 bis 15 Jahren	0,60 *M*
„ „ „ 15 „ 16 „	0,75 „
„ „ „ 16 „ 17 „	1,— „
„ „ „ 17 „ 18 „	1,40 „

Einstellungslohn 10 ₰ weniger.

Beiden Parteien wird aufgegeben, die Zuteilung der einzelnen Arbeitergruppen in die vorgesehenen Lohnklassen bis Freitag den 5. September 1919 in einer paritätischen Kommission durchzuführen. Beide Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs bis 27. August 1919 zu erklären.

Hinsichtlich der Kündigung des auf Grund dieses Schiedsspruchs abzuschließenden Tarifvertrags wird bestimmt, daß er jeweilig am 15. eines Monats zum Schluß des nächsten Monats gekündigt werden kann, jedoch kann die Kündigung frühestens am 15. November zum 31. Dezember d. J. erfolgen.

Berlin, den 21. August 1919.

Schiedsrichter der Arbeitgeber:
Dr. Roeber. Hans Hasse. Kremmener.

Schiedsrichter der Arbeitnehmer:
Richard Müller. Paul Mielitz. Rudolf Schlichting.

Nachdem Kollege Rusch den Schiedsspruch in seinen Einzelheiten zerpflückt hatte, wies er darauf hin, daß dieser nicht das bringe, was wir im allgemeinen erwartet haben. Jedoch seien auch einige Verschlechterungen, die die Unternehmer in dieses Abkommen hinein haben wollten, abgewehrt worden. Es sei z. B. vereitelt worden, daß die bestehenden Spitzenlöhne abgebaut werden. Es komme nunmehr darauf an, daß die Kollegen bei der Einrangierung in die fünf bestehenden Lohnklassen auf dem Posten seien. Die erweiterte Verwaltung empfehle der Generalversammlung Annahme des Schiedsspruchs. Sie lasse sich dabei von dem Gedanken leiten, daß wir uns den Kampf von den Unternehmern nicht aufnötigen lassen. Die Vorgänge der letzten Zeit, ganz besonders das brutale Vorgehen der Unternehmerorganisation im Falle Siemens, die Verschleppungstaktik der Unternehmer bei den Verhandlungen und anderes haben gezeigt, daß die Unternehmer den Berliner Metallarbeitern einen zermürbenden Streik aufnötigen wollen. Wir könnten es aber im gegenwärtigen Augenblick mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, in Anbetracht des zurzeit zerrütteten deutschen Wirtschaftslebens den Kampf aufzunehmen. Auch müssen wir uns darüber klar sein, wenn wir uns zu einem derartigen Kampf entschließen, daß es dann nicht nur ein wirtschaftlicher Kampf sei, sondern ein Kampf um die Produktionsmittel. — In der Aussprache wurde der Schiedsspruch von fast allen Rednern scharf kritisiert. Kollege Schädke verlangte sogar kategorische Ablehnung des Schiedsspruchs. Die Kollegen Günther und Hesselbarth hatten zwar sehr viel an diesem Schiedsspruch auszusetzen, kamen aber auch zu dem Schluß, daß wir ihn annehmen müßten. Nachdem Kollege Richard Müller nochmals eingehend den Schiedsspruch und die vorangegangenen Verhandlungen beleuchtet hatte, kam auch er zu denselben Schlußfolgerungen wie die mittlere und erweiterte Verwaltung. Er empfahl daher am Schlusse seiner Ausführungen in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands, sich mit dem Schiedsspruch abzufinden. Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, jedoch sollte der Kollege Arndt vom Transportarbeiter-Verband das Wort ausnahmsweise bekommen. Kollege Arndt teilte mit, daß sich die Mitgliederversammlung der Transportarbeiter der Metallbetriebe mit dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses eingehend befaßt und ihn abgelehnt hat. Begründet sei die Ablehnung mit den schlechten Lebensverhältnissen der Transportarbeiter, die durch die Aufbesserung der Löhne um nur 5 ₰ nicht behoben werden kann. Er ersuchte die Generalversammlung, den Erwartungen der Transportarbeiter zu entsprechen und den Schiedsspruch abzulehnen. Kollege Tost trat diesen Ausführungen entgegen, indem er einige falsch wiedergegebene Behauptungen Arndts richtigstellte. Auch betonte er, daß man sich nicht nur von dem Gefühl leiten lassen solle, sondern heute gelte es, Klugheit walten zu lassen. Die hierauf vorgenommene Abstimmung ergab, daß ungefähr 2600 Kollegen für und etwa 100 Kollegen gegen die Annahme des Schiedsspruches gestimmt haben. Kollege Rusch wies noch darauf hin, daß die Einrangierung einzelner Gruppen sofort vor sich gehen werde, so die der Dreher, Werkzeugmacher und Maschinenschlosser am Dienstag den 26. August. Kollege Mehlhose brachte noch zur Sprache, daß es notwendig sei, zwischen der Verwaltung und den Obleuten der Betriebe eine bessere Verbindung herzustellen. So sei es z. B. notwendig, daß den Obleuten alle Drucksachen zugestellt werden, die für sie wertvollen informatorischen Charakter haben. Nachdem Kollege Tost dies im Namen der Verwaltung versprochen hatte, beantwortete Kollege Rusch eine Anfrage des Kollegen Hochheim dahingehend, es sei der Verwaltung natürlich bekannt, daß einzelne Betriebe wegen Kohlenmangel geschlossen werden. Wir stehen deswegen mit den Unternehmern nicht in Verhandlung, haben uns aber an die Regierung gewandt, um mit dieser gemeinsam zu beraten, wie die Kohlennot in Berlin behoben werden könne, die nach seiner Meinung zum größeren Teil eine Transportmittelnot sei, veranlaßt durch den unverantwortlichen Schlendrian in den Eisenbahnreparaturwerkstätten. Damit war die Tagesordnung erschöpft und schloß der Kollege Tost die Generalversammlung.

Königshütte (Oberschlesien). Am Sonntag dem 31. August wurde hier eine Konferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgehalten. Dazu waren eingeladen die Obleute und ein Mitglied des Ausschusses, soweit sie Mitglieder des D. M. V. sind, und je ein Mitglied der Ortsverwaltungen aus Oberschlesien. Nach der Präsenzliste waren 147 Delegierte, 9 Geschäftsführer und die Bezirksleitung anwesend. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die gegenwärtige Situation in unserem Verband. 2. Aussprache. 3. Verbandsangelegenheiten. Kollege Karger als Versammlungsleiter begrüßte die anwesenden Delegierten und gab den Zweck der Zusammenkunft bekannt. Als Referent sei Kollege Handke von der Bezirksleitung bestimmt, der darauf das Wort erhielt. Kollege Handke führte etwa folgendes aus: Wir sind zusammengekommen, um die Wunden zu zeigen, an denen unsere Organisation heute in Oberschlesien krankt. Nach dem Zusammenbruch des letzten Streiks hat eine gewisse Mißstimmung unter den Kollegen Platz gegriffen. Viele glauben, aus der Organisation austreten zu müssen, weil die Organisation diesen Streik nicht unterstützt hat. Andere wieder glauben, ohne Organisation mehr erreicht zu haben als mit derselben. Das mag richtig sein. Es mag hie und da geglückt sein, daß sich einige Kollegen einiger Betriebe höhere Löhne durch Gewalt erkämpft haben. Wir als Gewerkschafter müssen Gewalt mit aller Entschiedenheit ablehnen. Wir können und dürfen uns nur auf den Boden des Rechts stellen. Wir müssen die Diktatur, gleichviel ob sie von links oder von rechts kommt, bekämpfen und verurteilen, denn eine Diktatur bringt wohl zeitweilig Erfolge, bricht aber zweifellos über kurz oder lang in sich zusammen. Man macht uns den Vorwurf, daß wir die Forderungen der Obleute nicht unterstützt haben. Wir müssen feststellen, daß die Sitzungen der sogenannten Obleute vor uns stets geheim gehalten wurden, wir niemals davon unterrichtet waren. Die Obmänner hatten bekanntlich Forderungen aufgestellt, die mehr politischer als wirtschaftlicher Natur waren. Soweit die wirtschaftlichen Forderungen in Frage kamen, haben wir sofort versucht, mit der Arbeitsgemeinschaft die Forderungen zu besprechen und haben auch mit einem Teil der Obmänner eine Einigung dahin erzielt, die Gewerkschaften werden dafür eintreten, daß die Gemaßregelten wieder eingestellt, die stillgelegten Betriebe wieder in Betrieb gesetzt werden, daß der Belagerungszustand gemildert und der Polnische Zentralverband (Adamek) in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen werden soll unter der Bedingung, daß die Arbeit aufgenommen wird. Die Obmänner versprachen, in der Konferenz, die in den nächsten Tagen stattfinden sollte, dafür einzutreten, daß die Konferenz mit diesem Beschluß der Arbeitsgemeinschaft einverstanden ist und empfehlen werden, die Arbeit aufzunehmen. Und was war das Resultat der Konferenz? Neue Punkte und Punkte politischer Natur wurden aufgestellt. Dem Arbeitgeberverband wurde ein Ultimatum von 24 Stunden gestellt, ohne den Gewerkschaften mit Ausnahme des Polnischen Zentralverbandes und der Polnischen Berufsvereinigung davon Kenntnis zu geben. Nachdem der Streik allgemein war, fanden am 15. August Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband statt. Bei diesen Verhandlungen spielte die Lohnzulage von 10 v. H. der O. E. W. eine große Rolle. Der Staatskommissar sowie die Vertreter der Organisationen traten beim Arbeitgeberverband dafür ein, daß den Arbeitern der O. E. W. die 10 v. H. bewilligt werden sollen, um den Streik der Elektrizitätswerke zu verhindern. Nachdem die 10 v. H. bewilligt waren, traten nach drei Stunden die Arbeiter der Elektrizitätswerke in Chorzow in den Streik. Es waren in Oberschlesien Kräfte am Werk, die das oberschlesische Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollten. Agenten tauchten auf in allen Masken, um das Volk zu verhetzen und so den Putsch vorzubereiten. Die Arbeiterschaft zerfleischte sich gegenseitig in Kämpfen. Die Warnungen der Organisationen blieben ohne Erfolg. Man beschimpfte die Organisationsvertreter als Verräter und gekaufte Subjekte und schenkte den sogenannten Führern, die im Moment auftauchten, und obwohl niemand wußte, woher sie gekommen sind, mehr Vertrauen als den langbewährten Führern der Organisationen. Auch die Reaktion zieht aus allen diesen Vorkommnissen nur Nutzen. Man wartet auf den Moment, wo sich die Arbeiterschaft gänzlich zerfleischt hat, um dann reaktionäre Maßnahmen zu treffen. Schon heute kann man beobachten, daß die Reaktion versucht, mit allen Mitteln ihre Pläne durchzusetzen. In den Betrieben kommen bereits Schikanierungen, Maßregelungen und Androhungen von Lohnreduzierungen vor. Das alles könnte verhindert werden, wenn die Arbeiterschaft einig wäre. Wir haben beim Staatskommissar durchgesetzt, daß die Verhängung des Standrechtes um 48 Stunden verschoben wurde. Wir glaubten immer noch an eine vernünftige Einsicht der Arbeiterschaft, aber auch diese Hoffnung war eine trügerische. Der Streik und der Putsch waren systematisch vorbereitet und das Volk wochenlang verhetzt. Heute werden die Organisationen von bestimmter Seite bekämpft und deren Führer verleumdet. Hat doch Adamek in letzter Zeit in seinem Blatt geschrieben, daß die freie Gewerkschaft mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden müßte. Redner warne die Kollegenschaft eindringlich vor solchen Treibereien und appelliere an die Vernunft, an den gesunden Verstand der einzelnen, es nicht dahin kommen zu lassen, daß unsere Organisation, die auf internationalem Boden steht, vernichtet wird. Wir müssen einander Vertrauen entgegenbringen, gegenseitig Hand in Hand arbeiten, dann werden wir auch die schwierigsten Zeiten überwinden. Heute sind alle diese Führer, die sich Führer nannten, aus Oberschlesien verschwunden, die noch vor einigen Tagen sagten, sie böten ihre Brust frei dem Feinde dar und stellten sich auf die Barrikaden. Das sind die Führer, vor denen wir immer gewarnt haben. Seine Ausführungen habe er in folgender Resolution niedergelegt. Er bitte die nachfolgenden Redner, darauf Bezug zu nehmen und die Resolution anzunehmen, die lautet: „Die am 31. August tagende Vertrauens- und Obmännerkonferenz des D. M.-V. erkennt mit Rücksicht auf die letzten Ereignisse es als dringend notwendig an, die Einigkeit und Geschlossenheit in ihren Organisationen wieder zu festigen. Deshalb muß ein planmäßiges Zusammenarbeiten zwischen Mitgliedschaft und Organisationsvertretung durch die Betriebsobmänner und Vertrauensleute ermöglicht werden. Dieses kann geschehen, indem eine entsprechende Vertretung der Kollegen aus den Betrieben an den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband in Zukunft teilnimmt. Außerdem müssen in Konferenzen und Sitzungen der Ortsverwaltungen und Vertrauensleute geeignete Maßnahmen besprochen werden, um die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft zu verwirklichen. In diesem Sinne fordert die Konferenz die Verbandsmitglieder auf, an diesen Bestrebungen mitzuarbeiten, dem Verbande treu zu bleiben und alle verräterischen Handlungen der Gegner unserer Organisation zurückzuweisen. Gleichzeitig erkennt die Konferenz an, daß die Funktionäre und Angestellten des Verbandes alles getan haben, um die Interessen der Arbeiter und deren Familien zu fördern." Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Kollegen Handke. Die Aussprache war eine lebhafte. Kollege Rother (Königshütte) führte aus, daß es zu dem Streik und Putsch nicht gekommen wäre, wenn wir besser gewerkschaftlich geschult wären. Wir fordern unsere Gewerkschaftsführer auf, uns mehr Schulung angedeihen zu lassen durch Abhaltung von Versammlungen. Wir Obmänner sind die gesetzlichen Vertreter der Arbeiter und haben noch das Vertrauen unserer Belegschaften. Ich bedauere, daß heute nicht alle Obmänner auch von den Gruben vertreten sind. Wir müssen einig zusammenarbeiten, um etwas zu erzielen. Hätten die Obmänner die Gewerkschaften zu ihren Sitzungen hinzugezogen, wäre es zu dem wilden Streik nicht gekommen. Kollege Neumann (Antonienhütte), Mitglied der Ortsverwaltung: Auch ich habe meine Kollegen immer davor gewarnt, sich in den Streik hetzen zu lassen. Dafür hat man versucht,

mich zu verprügeln. Die Obleute wollten diktieren und wir sollten uns fügen. Das können wir als Gewerkschafter nicht mitmachen, denn wir haben zu bestimmen, ob gestreikt werden soll oder nicht und nicht die Obleute. Wir haben immer gesagt, die Obleute sollten sich mit den Gewerkschaften verständigen, das hat man abgelehnt, indem man sagte: wir brauchen keine Gewerkschaften bei unseren Sitzungen. Auch ich bin der Meinung, daß eine Schulung Platz greifen muß. Leider lasse der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig. Wir dürfen das Vertrauen zu unseren Gewerkschaftsführern nicht verlieren, denn wenn wir die Säulen untergraben, dann bricht der ganze Bau zusammen. Kollege Kotzur (Karf) bezweifelt, daß der D. M.-V. heute noch der stärkste Verband in Oberschlesien ist. Unsere Gegner haben in letzter Zeit viel an Mitgliedern gewonnen. Auch müßten unsere Gelder, die wir jetzt einzahlen, im Falle, daß wir zu Polen kommen, sichergestellt werden. Kollege Walter (Nikolai): Ich bin 16 Jahre in der Arbeiterbewegung in Oberschlesien tätig und noch nie hat so eine Hetze gegen unsere Führer eingesetzt, wie in der letzten Zeit. Ich kann nachweisen, daß der Führer der Polnischen Berufsvereinigung in Nikolai mit aller Macht auf den Putsch hingearbeitet hat, und als er sah, daß der Putsch nicht zu ihren Gunsten ausfiel, hat er sich feige zurückgezogen. Den Grenzschutz, den man früher so bekämpfte, holen heute die Bauern mit ihren Wagen ab und sind froh, wenn sie Soldaten in ihren Ort bekommen, um ruhig schlafen zu können. Uns kann nur das eine retten, wenn wir treu und fest zur Organisation stehen und ihr neue Kämpfer zuführen. Kollege Lipp (Laurahütte): Ich freue mich, daß die heutige Konferenz stattfindet. Sie wird viel dazu beitragen, das Mißtrauen, das jetzt vorhanden ist, zu beseitigen. Wenn wir morgen in die Betriebe kommen und unseren Kollegen berichten werden über die heutigen Verhandlungen, dann bin ich sicher, daß das Mißtrauen zu unserer Organisation verschwinden wird und die Säumigen wieder ihre Pflicht erfüllen werden. Derartige Konferenzen müßten öfter einberufen werden, dann würden die Verleumdungen, die von der Gegenseite gegen uns geführt werden, nicht schaden, sondern nur nützen. Kollege Karger (Königshütte): Kollege Rother hat unrecht, wenn er sagt, die Obleute hätten heute noch das volle Vertrauen ihrer Belegschaft. Das ist leider in vielen Fällen nicht mehr der Fall. Die Obleute haben sich Befugnisse angemaßt betreffend Proklamierung des Streiks, die ihnen nicht zustehen. Ueber den Streik befinden die Mitglieder der Organisationen und nicht die Obleute. Das muß mit aller Deutlichkeit den Obleuten gesagt werden. Hätten die Obleute in ständiger Fühlung mit den Gewerkschaften gestanden, wären wir aus dem Chaos schon lange heraus. In Zukunft muß ein besseres Hand-in-Hand-Arbeiten der Vertrauensleute und Obleute mit der Ortsverwaltung Platz greifen. Ist das nicht der Fall, dann können wir wieder in solche Streiks kommen, die wir im Interesse der Arbeiterschaft vermeiden müssen. In Verwaltungen wie z. B. in Königshütte ist ein gutes Zusammenarbeiten der Obleute und Vertrauensleute zu verzeichnen. Deshalb sind auch in Königshütte keine wilden Streiks vorgekommen. Wäre dies überall der Fall, dann könnten wir heute in Oberschlesien schon mehr Fortschritte gemacht haben. Die Gewerkschaften tun alles, um die Mitglieder zu schulen, es muß aber gesagt werden, daß auch jedes Mitglied die Pflicht hat, sich selbst zu schulen. Dazu bietet sich genügend Gelegenheit. Lesen der Fachzeitung und eines Arbeiterblattes ist Bedingung eines jeden Gewerkschafters. Außerdem steht den Kollegen eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Daß dieser wilde Streik ein politischer Streik war, beweisen die Tatsachen; so z. B. sagte ein Häuer vom Nordfeld der Königsgrube seinem Steiger: „Die Forderungen, die wir gestellt haben, sind nur Scheinforderungen. Unser Zweck ist, Gruben, Hütten und Eisenbahnen stillzulegen, den Grenzschutz dann zu entwaffnen und Oberschlesien durch Hallertruppen zu besetzen." Kollege Labus (Königshütte) beantragt, derartige Sitzungen wie die heutige aller Monate abzuhalten. Wir Obleute in Königshütte hatten mit diesen Konferenzen der revolutionären Obleute nichts gemein. Wir haben, trotzdem unsere Belegschaft uns aufgefordert hat, dorthin zu gehen, an den Verhandlungen nicht teilgenommen. Leider war es uns in den letzten Tagen nicht mehr möglich, den Streik einzudämmen. Kollege Goriwoda (Friedenshütte): Drahtzieher waren wochenlang am Werk, die diesen Streik und die Putsche vorbereitet haben. Die Polnische Berufsvereinigung hat ihre Mitglieder zu politischen Zwecken mißbraucht. Heute laufen die Leute, die in den Streik gehetzt haben, davon und überlassen die verführten Arbeiter ihrem Schicksal. Die Arbeiter verlangen jetzt Streikunterstützung, die ihnen nicht gezahlt werden kann, weil wir den Streik von vornherein verurteilt haben. Als ich in einer Belegschaftsversammlung gegen den Streik sprechen wollte, hat man mir das Wort entzogen. Kollege Krug (Gleiwitz): Wenn die Gruben streiken, dann müssen wir feiern. Wer bezahlt uns den entgangenen Lohn? Die Unternehmer lehnen es ab, ihn zu zahlen. Die Gewerkschaften müssen dafür eintreten, daß wir für die Zeit, wo wir feiern mußten, entschädigt werden. Kollege Hoffmeister (Kattowitz) geht auf die Frage der Feierschichten ein und gibt bekannt, daß Vertrauensleute verschiedener Werke schon beim Schlichtungsausschuß Klage auf Zahlung der Feierschichten erhoben haben. Die Werke haben es unterlassen, vor der Stillegung der Betriebe mit dem Arbeiterausschuß darüber zu verhandeln. Es hätte erst eine Arbeitszeitverkürzung Platz greifen müssen, ehe man zu der Stillegung schritt. Kollege Billinski (Kattowitz): Wie der Streik geschürt wurde, dafür nur einige Beispiele. In Eichenau hat man den Bergarbeitern von seiten der Führer der Polnischen Organisation vorgeredet, die Unternehmer wollten den 9—10-Stundentag wieder einführen und 50 v. H. Lohnkürzungen vornehmen. Deshalb müßten die Arbeiter streiken. Ich kann die Ansicht, daß Kollegen von unserer Organisation abspringen, nicht teilen. Ich habe im Laufe dieser Woche in Eichenau einkassiert und da war nicht ein Mitglied, das sich weigerte, die Beiträge zu zahlen. Aber in den Polnischen Verbänden verweigern die Mitglieder die Beitragszahlung. Kollege Festera (Königshütte): Wir konnten uns mit den Forderungen, die die Obleute gestellt hatten, nicht einverstanden erklären. Es waren keine wirtschaftlichen Forderungen, sondern politische, und mit politischen Forderungen können wir uns als Obmänner und Gewerkschafter nicht befassen, das müssen wir den zuständigen Organisationen überlassen. Deshalb war der übergroße Teil der Arbeiter der Königshütte von vornherein gegen den Streik. Von auswärts sind Obleute gekommen, die den Ausschuß von der Königshütte verprügeln wollten, weil er den Arbeitern den Streik nicht empfohlen hat. Wir werden jetzt und in Zukunft niemals Schritte unternehmen, ohne mit den Gewerkschaften Fühlung genommen zu haben, denn wir müssen mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Ohne Gewerkschaften haben wir noch nichts erreicht und können auch nichts erreichen. Notwendig ist, daß wir gegenseitiges Vertrauen haben, nur dann werden wir die schwere Zeit überstehen können. Kollege Handke ging in seinem Schlußwort auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein, besonders auf die Ausführungen des Kollegen Kotzur, der meinte, daß der D. M.-V. in Oberschlesien heute nicht eine Macht darstelle. Kollege Handke wies zahlenmäßig nach, daß der D. M.-V. in Oberschlesien am Schluß des 2. Vierteljahres 47000 zahlende Mitglieder hatte. Wir scheuen uns nicht, unsere Mitgliederzahlen bekanntzugeben. Von den Gegnern haben wir noch nie gehört, wieviel Mitglieder sie in Oberschlesien haben, und das ist bezeichnend. Es ist gesagt worden, daß die Gelder sichergestellt werden sollen. Da kann nur gesagt werden, daß alles geschehen wird, um den Kollegen, falls Oberschlesien abgetrennt wird, die weitmöglichste Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir haben in Friedenszeiten die Kollegen in Frankreich, Norwegen, Amerika und Italien unterstützt, sollten wir da nicht unsere eigenen Kollegen in Oberschlesien unterstützen? Wir haben alles vorbereitet, falls es zur Abtrennung kommt, die betreffenden Personen schon in Aussicht genommen, die die Führung der Organisation hier übernehmen werden. Notwendig ist jetzt Geschlossenheit und Einigkeit auf der ganzen Linie. Nur dann, wenn wir geschlossen und einig sind und uns gegenseitiges Vertrauen entgegenbringen, werden wir die Errungenschaften, die wir jetzt haben, aufrecht erhalten und ausbauen können zum Wohle unserer Kollegen und deren Familien. — Die oben angeführte Resolution wurde unter lebhafter Zustimmung einstimmig angenommen. Mit herzigen Schlußworten schloß Kollege Karger nach 4½stündiger Tagung die ausgedehnte Konferenz.

Rundschau

Internationaler Metallarbeiter-Kongreß.

Kollege Schlicke hat dazu folgendes Rundschreiben erlassen:

An die Mitglieder des Zentralkomitees und die angeschlossenen Landesverbände.

Kameraden! Der Weltkrieg ist beendet. Handel und Wandel kann wieder einsetzen. Anstelle der unproduktiven Kriegswirtschaft tritt die produktive Wirtschaft des Friedens. Die Arbeiterschaft wendet sich wiederum ihren Friedensaufgaben zu. Das gilt auch von der Betätigung auf internationalem Gebiet. Der Internationale Metallarbeiter-Bund, dem solche Betätigung in erster Linie zukommt, hat zwar nie zu wirken aufgehört, konnte dies aber unter den Wirren des Krieges nur in ganz bescheidenem Umfange tun.

Nach Eintritt des Waffenstillstandes zwischen den kriegführenden Völkern habe ich in einem Aufruf an die dem Bund angeschlossenen Verbände diese zur Stellungnahme zum nächsten Internationalen Metallarbeiter-Kongreß aufgefordert. Antwort ist mir aber nur von den Verbänden der skandinavischen Länder, vom Ungarischen Metallarbeiter-Verband und vom Zentralverband der Kupferschmiede Deutschlands geworden. Nachdem nunmehr der Briefverkehr auch zwischen den bisher kriegführenden Völkern zugelassen ist, wiederhole ich hiermit mein Ersuchen um Stellungnahme.

Nach den Beschlüssen des VII. internationalen Metallarbeiter-Kongresses in Berlin 1913 sollte der nächste internationale Metallarbeiter-Kongreß im Jahre 1916 in Wien stattfinden. Der Krieg machte das unmöglich. Zeitpunkt wie Ort mußten außer Betracht bleiben. Auch heute kommt der damals bestimmte Ort ebensowenig in Betracht wie irgendeiner eines kriegführenden Landes. Auch kann, nachdem mein Aufruf vom Januar d. J. in der Hauptsache unbeantwortet geblieben ist, der nächste Kongreß in diesem Jahre nicht mehr stattfinden. Das verbietet § 13 der Bundessatzungen. Diese schreiben vor, daß der Kongreß sechs Monate vor seinem Stattfinden einberufen werden muß. Die Einberufung selbst hat durch den Sekretär nach Verständigung mit dem Zentralkomitee zu geschehen.

Unter Berufung auf diese Satzungsbestimmung wende ich mich hiermit nochmals an die Mitglieder des Zentralkomitees mit dem dringenden Ersuchen um sofortige Stellungnahme zu folgenden Vorschlägen:

1. den VIII. internationalen Metallarbeiter-Kongreß im April 1920 an einem Ort eines neutralen Landes abzuhalten. (Als Kongreßorte sind vorgeschlagen: Kopenhagen, Amsterdam und Bern. Die Mitgliedschaften dieser Orte haben sich zur Uebernahme der Vorbereitungsarbeiten für den Kongreß bereit erklärt.)

2. Auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen:
   1. Konstituierung des Kongresses.
   2. Bericht des Sekretärs und Diskussion.
   3. Unsere internationalen Beziehungen.
   4. Beratung der Satzungen.
   5. Wahl des Bundessitzes und des Sekretärs.

3. Für die Dauer des Kongresses drei Tage in Aussicht zu nehmen.

Indem ich die Mitglieder des Zentralkomitees um Mitteilung ihrer Stellung zu den gemachten Vorschlägen und ihrer etwaigen eignen Vorschläge ersuche, verbleibe unter brüderlichen Grüßen

Stuttgart, im September 1919. Alexander Schlicke.

* *

Der vorstehende Aufruf war bereits in Druck und zum Uebersetzer gegeben, als mir auf dem Umwege über den Deutschen Metallarbeiter-Verband eine Einladung des Sekretärs des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes, Kamerad Ilg, zu einer internationalen Metallarbeiter-Konferenz in Bern am 8. Februar 1920 zuging. Diese Einladung dürfte durch obigen Aufruf erledigt sein. Im Einverständnis der meisten Mitglieder des Zentralkomitees des Internationalen Metallarbeiter-Bundes konnte ich im Jahre 1916 feststellen, daß der fällige internationale Metallarbeiter-Kongreß in Wien nicht stattfinden kann. Einmütig bestand die Auffassung, daß eine Aenderung im Bund nur auf einem satzungsgemäß einberufenen internationalen Metallarbeiter-Kongreß vorgenommen werden kann. Selbstverständlich war für mich und ist es noch heute, daß dieser Kongreß sofort nach Eintritt friedlicher Zeiten einberufen werden muß. Das veranlaßte mich zu meinem Rundschreiben am 3. Februar 1919 (siehe Metallarb.-Ztg. Nr. 7. Schriftltg.), dessen Empfang mir vom Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband zwar bestätigt worden, dessen Inhalt aber bis heute auch von ihm unbeantwortet geblieben ist. Mein Rundschreiben vom 3. Februar d. J. sowie der vorstehende Aufruf stützen sich auf die Satzungen des Internationalen Metallarbeiter-Bundes. Diese Satzungen bestehen auch heute noch genau so wie vor dem Kriege zu Recht. Ebenso ist der Bund trotz einiger gegenteiliger Beschlüsse der britischen Abteilung noch nicht aufgelöst worden. Daraus ergibt sich auch für die ausländischen Gäste zum Verbandstag des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verbandes der einzig gangbare Weg. Dieser geht, wie im vorstehenden Aufruf dargelegt ist, über das Zentralkomitee durch den Sekretär. Er ist aber auch an eine Zeit von mindestens sechs Monaten gebunden. Auch die im Rundschreiben des Kameraden Ilg ausgesprochene Befürchtung, daß eine oder die andere Landesorganisation die Initiative zur Einberufung eines internationalen Metallarbeiter-Kongresses ergreifen könnte, erscheint nicht berechtigt im Hinblick darauf, daß bisher alle kontinentalen Landesverbände sich streng an die Satzungen gehalten haben. Wenn die britische Abteilung es nicht getan hat, so ist das nur ein bedauerliches Beispiel, das glücklicherweise bis jetzt ohne Nachahmung geblieben ist, aber auch weiterhin ohne Nachahmung bleiben sollte. —

Ueber die Dauer des Krieges war für eine Reihe Organisationen die Beitragsleistung nicht möglich. Nach § 15 der Bundessatzungen ist auf dem Kongreß nur die Organisation stimmberechtigt, die ihre Jahresbeiträge an den Bund entrichtet hat. Um die Beitragsberechnung vornehmen und die Rechnungsablage dem nächsten Kongreß geben zu können, bitte ich die angeschlossenen Organisationen, mir umgehend die Zahl ihrer Mitglieder am 1. Januar und 1. Juli der Jahre 1914 bis 1919 mitteilen zu wollen.

Trotz der finanziellen und sonstigen Schwierigkeiten war es möglich, die Internationale Metallarbeiter-Rundschau über die ganze Dauer des Krieges in den drei Kongreßsprachen regelmäßig herauszugeben. Den angeschlossenen Organisationen in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rumänien, Serbien, den Vereinigten Staaten von Nordamerika können die seit August 1914 erschienenen Nummern der Rundschau in französischer und englischer Ausgabe für ihre Ortsvereine, Ortsgruppen, Sektionen, Verwaltungsstellen zur Verfügung gestellt werden. Schlicke.

Zwei Rundschreiben,

um deren Veröffentlichung wir ersucht werden:

Halle a. S., den 6. September 1919.

Werter Genosse! Du bist als Delegierter zum Verbandstag der Metallarbeiter gewählt und gehörst, wie ich gehört, der Opposition an. Aller Raunschi nach bekommen wir auf der Generalversammlung die Mehrheit. Wir können es uns aber nicht leisten, daß jemand von unseren Genossen aus der Reihe tanzt. Einiges, geschlossenes Vorgehen ist notwendig, Sonderinteressen müssen ausgeschalten, deshalb ist vorherige Verständigung dringend geboten. Es kommt diesmal auf jede einzelne Stimme an, und müssen die Genossen der U. S. P. und S. P. zusammenstehen. Ich bin beauftragt, die Genossen des 5. Bezirks zu sammeln und die Verbindung mit der Zentrale (Dißmann-Frankfurt) herzustellen. Ich bitte deshalb um eine Erklärung Deinerseits, ob Du gemeinsam mitzuarbeiten gedenkst, und ersuche um Deine genaue Adresse, damit schnelle und sichere Verständigung möglich.

Soweit mir bekannt, gehören von 33 Delegierten 17 der Opposition an, über einige Gewählte fehlt noch genaueres, welcher Richtung sie angehören. Wir können also bei geschlossenem Vorgehen die Statutenberatungskommission besetzen. Sobald ich im Besitze der ganzen Adressen der Genossen bin, teile ich die Namen mit und können wir uns dann auf einen für die Kommission einigen.

Eile ist geboten! Je eher ich die Adressen habe, desto sicherer und überlegter können wir arbeiten.

Mit Gruß! W. Rößler,
Halle a. S., Körnerstraße 3

*

U. S. P. D. Remscheid, den 28. August 1919.
Remscheid.

Werter Genosse!

Am 17. 8. haben die Wahlen der Delegierten für die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stattgefunden. Es ist unbedingt notwendig, daß wir sofort Mitteilung erhalten, welche die bei Euch gewählten Delegierten auf dem Boden der Opposition stehen oder sich zur mehrheitssozialistischen Richtung zählen. Du wirst uns deshalb sofort umgehend Mitteilung zukommen lassen mit Name und Adresse des Gewählten, falls wir auf ihn rechnen können.

Es ist keine Zeit zu verlieren, da wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen von den Delegierten ein Mitglied der Statutenberatungskommission gewählt wird und wir ein dringendes Interesse daran haben, ein Mitglied der Opposition damit hineinzubringen.

Mit bestem Gruß R. Bühler,
Remscheid, Bismarckstr. 81

Mitteilung des Verlags.

An die Bevollmächtigten, Geschäftsführer usw. des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Ortsverwaltungen, welche Bestellungen auf das **Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 1919** sowie auf den **Metallarbeiter-Notizkalender für das Jahr 1920** bis jetzt noch nicht aufgegeben haben, werden im Interesse der Verbandsmitglieder ersucht, **dies ungesäumt zu tun**, damit die Werke allen Orten zugänglich gemacht werden können.

Später eingehende Bestellungen können nur solange berücksichtigt werden als der etwa vorhandene Vorrat reicht, da ein Nachdruck wegen Mangel an Rohmaterialien, sowie der hohen Unkosten unbedingt unterbleiben muss.

Stuttgart, 12. September 1919.

Alexander Schlicke & Co., Druckerei und Verlag.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 27. September:
Augsburg. Gesellschaftsbrauerei, 8.
Ilmenau.
Kolmar i. Posen. Volksgarten, ½8.
Weimar. Volkshaus, 8 Uhr.

Sonntag, 28. September:
Magdeburg (Heizungsmonteure). Koppehl, Tischlerkrugstr. 28.
Nikolai O.-S. Sarnes, 10—12 Uhr.
Tambach. Ratskeller, 3 Uhr.

Mittwoch, 1. Oktober:
Magdeburg (Schmiede). Böhme, Kl. Klosterstr. 15.

Freitag, 3. Oktober:
Zwickau i. Sa. (Elektromonteure). Edelweiß, Römerstr. 20, halb 6 Uhr.

Samstag, 4. Oktober:
Chemnitz (Bauklempner). Hungers Restaurant, Augustusburger Str. 9.
Hameln. Gewerkschaftshaus, 7 Uhr.

Sonntag, 5. Oktober:
Magdeburg (Elektromonteure). Restaurant Monopol, Wilhelmstr. 1.
Rostock (Elektriker). Philharmonie, 10.
Tilsit. Westendgarten, 10 Uhr.

Vertrauensleutezusammenkünfte

Karlsruhe (Handformer). Samstag, 20. Sept., abends 7 Uhr, Darmstädter Hof in Durlach.

Bekanntmachungen.

Münster i. W. Das Verbandsbureau befindet sich **Breitegasse 26.** Sprechstunden vormittags von 11 bis 12½ Uhr und abends von 6 bis 7 Uhr. Unterstützungsauszahlung Samstags von 11 bis 12½ Uhr. Sonntags geschlossen. Alle Sendungen an den Kollegen Otto Windhövel, Breitegasse 26.

Mühlhausen i. Thür. Das Bureau (Bei der Marienkirche 10) ist geöffnet: Montag bis Freitag 11 bis 1 und 5 bis 6 Uhr Erwerbslosen- und Krankenunterstützung Sonnabends 10 bis 1 Uhr. Sonnabend nachmittags u. Sonntag geschlossen. Alle Sendungen an den Geschäftsführer Alfred Pfotenhauer, Bei der Marienkirche 10.

Reugersdorf (Sachsen). Das Verbandsbureau befindet sich **Ritterstraße 274 D.**

Angestellte gesucht.

Ahlen, Kreis Beckum i. W. Geschäftsführer. Organisatorisch u. agitatorisch befähigt. Erste Kraft. 5jähr. Mitgliedschaft. Oertl. Gehaltszulage. Meldungen bis z. 30. Sept. an Bezirksleiter R. Wallbrecht, Düsseldorf, Bürgerstr. 19.

Lüdenscheid. Erster Geschäftsführer. Sofort antreten. Gehalt Skala 3. Oertl. Teuerungszulage. 5jähr. Verbandszugehörigkeit. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 28. September an das Verbandsbureau, Schillerstr. 7.

Meißen. Geschäftsführer. Sof. antreten. In Agitation und Verwaltung bewandert. 5jähr. Verbandszugehörigkeit. Bewerbungen bis z. 30. September mit Aufschrift „Geschäftsführer" und Angaben über Alter, Beruf, Familienstand u. bisherige Tätigkeit in der Organisation an Robert Bellmann, Martinstraße 6.

Schmalkalden. Weiterer Geschäftsführer. Eintritt 1. Okt. Agitatorische und organisatorische Befähigung. Kenntnis der Verbandseinrichtungen. 5jährige Verbandszugehörigkeit. Oertl. Teuerungszulage. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Beruf, Mitgliedschaftsdauer und bisher. Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 20. September an Wilhelm Lesser, Am neuen Teich 5.

Sonstige Anzeigen

Für eine **mittlere Metallgießerei** wird ein erfahrener, zuverlässiger und **energ. Meister od. Vorarbeiter** in dauernde Stellung gesucht.
Er muß diese selbständig und zielbewußt mit Erfolg leiten, und in der rent. Massenanfertigung von Armaturenteilen und Metallrohguß, sowie im Legieren und Kernmachen **durchaus gründlich bewandert** sein. (2796
Off. m. **entspr. nachweisb. Erfolg**, sowie Angabe des Alters und frühesten Eintrittstermins unter **G. M. 2736** an den Verlag d. Bl. erbet.

Graveur gen. Branche für Schwarzdruck, Petschafte u. Silberstich gesucht. Angeb. m. Lohnf. u. Abdr. erb. **Stempel-Schultz, Danzig.** (2737

Tüchtige Metallschleifer
sucht der **Arbeitsnachweis für die Metallindustrie Stuttgart, Schmalestr. 11,** Zimmer 44. 2738

Drei **tüchtige Dreher und Schlosser** für unseren Maschinenbau (Papierverarbeitungsmaschinen) in dauernd angenehme Stellung gesucht. (2735 **Winkler & Dünnebier,** Maschinenfabrik, **Neuwied a. Rhein** (amerikanisch besetztes Gebiet).

Maschinenfeilenhauer, Feilenschleifer für alte und neue Feilen, Remscheider Tarif, sofort gesucht. **H. Wildschütz & Comp., Düsseldorf 96,** Gneisenaustr 17. (2736

4—5 Heizungsmonteure, sowie **Hilfsmonteure,** nur erstklassig, für sofort und dauernd gesucht. Hoher Tarif, 3 M. Stundenlohn. (2733 Offerte an **Rolf Cunz, Koblenz,** Mainzerstraße 68.

Tüchtige Handhauer für kleine Feilen, gegen hohen Stundenlohn für dauernd gesucht. **Carl und Ernst Bauer,** Mechanische Feilenhauerei, **Eisenach,** Langensalzaerstr. 17. (2734

2 tücht. **Feilenhauer** (Handh.) sucht s. sof. **B. Riethe Nw., Altona,** Roonstr. 20. (2731

Ein **Feilenschleifer u. Maschinenhauer** (Fleron) findet dauernde Stellung. (2730 **R. Weishaar, Fürstenwalde a. Spree,** Alter Schützenpl. 15f.

In eine Kannstatter Metallwarenfabrik wird per sofort, spätestens bis 1. Oktober ein tüchtiger perfekter

Galvaniseur als Vorarbeiter,

der in allen Metallfärbungen, insbesondere in Vernickelung selbständig arbeitet, gesucht. Offerten u. Vorstellung (mit Zeugnissen versehen) beim **Arbeitsnachweis für die Metallindustrie, Stuttgart, Schmalestraße 11,** Zimmer 41. 2732

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.